



Gesellschaft oder Isolation

"In der RAF war auch immer etwas Emanzipatorisches" - von Lutz Tauber (Teil 1)

Der folgende Text von Lutz Tauber skizziert die verschiedenen Etappen der RAF und ihrer Politik aus seiner Sicht. Das mehrfach erwähnte Front-Papier (Mai-Papier) ist neben anderen Dokumenten nachzulesen in Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. Konkret Literatur Verlag, 1992 oder in einer der Broschüren des GNN-Verlages in Köln, die dieser mit Texten der RAF herausgegeben hat. Um den doch sehr langen Text lesbarer zu machen, haben wir ihn von durchgängiger Kleinschreibung in Groß-Kleinschreibung umgeändert. Aus redaktionellen Gründen haben wir ihn auf zwei Ausgaben des ak aufgeteilt. Der erste Teil, der hier abgedruckt ist, endet 1992. Der zweite - etwas kürzere - Teil erscheint im nächsten ak.

Wir wurden in den letzten Wochen oft gefragt, welches denn nun die politischen Differenzen seien. Das ist in der Tat nicht so ohne weiteres zu entschlüsseln, nicht zuletzt deshalb, weil es eine zu verbindlichen Resultaten, also zu gemeinsamen Grundlagen kommende Diskussion so gut wie nie gegeben hat und so Aussagen über ein Hierhin oder Dorthin allenfalls in Ansätzen vorhanden sind.

Es wäre besser gewesen, schneller etwas zu sagen. Aber erstens hat diese Spaltung erstmal umgehauen; zweitens wollte ich einen Beitrag, der etwas erklärt statt zu polemisieren, einen Fehler, den ich in früheren Texten ab und zu gemacht und so sicher meinen Teil zur Eskalation beigetragen habe; an den tatsächlichen oder vermeintlichen Fehlern von andern hochzuklammern, das ist schnell in die Tasten gehauen, das andere braucht Zeit; drittens sind die Arbeitsmöglichkeiten - im Knast und nach fast 20 Jahren Knast - andere als draußen. Der Mangel an sinnlicher Gewißheit über die Zustände und Veränderungen draußen macht die Arbeit nicht leichter. Schließlich: Wenn ich was nachlesen will, greife ich nicht hinter mich ins Regal, sondern brauche bis zu drei Tagen, bis ich zu meinen Bücherkartons auf der Kammer vorgedrungen bin.

Inhaltlich ist das erste Problem, selbst zu verstehen, wie die Entwicklung war, das zweite, dies anderen zu vermitteln. In dem, was die Gefangenengruppe real war, sowohl in ihren beispielhaften Stärken (und antizipiert hat sie vor allem etwas in ihrem Kampf ums Überleben und um ein Recht auf Existenz, aus elendesten Bedingungen heraus: von den heutigen Kämpfen, vom Kämpfen auf der heutigen und zukünftigen Höhe des Umwälzens), als auch in ihren Schwächen (in denen sie von den Schwächen der Metropolenlinken soweit gar nicht entfernt war), wurde sie häufig idealisierend und so distanziert wahrgenommen. Der Versuch, die zum jetzigen Bruch führende Entwicklung zu verstehen, ist auch immer ein Versuch gegen massiv verankerte Bilder. Schließlich ein letzter Punkt: Es sieht so aus, daß wesentliche Teile gruppeninterner Festlegung (Diskussion?) an uns vorbeigelaufen sind in den letzten Jahren - warum, wissen wir nicht -, und mir deshalb stellenweise konkretes Wissen fehlt. Dies betrifft ganz besonders die heftige Auseinandersetzung um die Einstellung der gezielt tödlichen Angriffe, die es offenbar zwischen den Illegalen und einigen Gefangenen 90/91 gegeben hat. Die Konfliktlinien, die sich da vermutlich schneiden, scheinen ein Schlüssel zum Verständnis der Entwicklung, die folgen sollte.

1977 - Front

Ein erster Konflikt bricht auf, als 1977 ein palästinensisches Kommando ein Flugzeug mit deutschen Mallorca-Touristen nach Mogadischu entführt. Eine Solidaritätsaktion palästinensischer Genossinnen und Genossen mit Gefangenen aus der RAF, deren Freilassung im Tausch gegen die Urlauber sie fordern. Die Entführung wird von Gefangenen aus der RAF kritisiert. Eine Kritik, die sich zu diesem Zeitpunkt auf weitgehend politisch-moralischem Niveau bewegt. "Die politisch-militärische Aktion der Stadtguerilla richtet sich nie gegen das Volk." Eine Gewißheit, konstitutiv für die RAF, die es dir ermöglicht, selbst diesen Schritt zu tun. Ein unbefangenes Verhältnis zur Gewalt hatten wir, die wir nicht zuletzt vom Entsetzen über Auschwitz herkommen, nicht. Auch einer der Gründe, weshalb Andreas Baader in seinem obigen Imperativ die revolutionäre Aktion als politisch-militärisch bestimmt, das Politische mit dem Militärischen eng verknüpfend und doch in einer deutlichen Prioritätenfolge: Primat hat das Politische. Hier wird sich in den 80er Jahren, ausgehend von der Front-Ideologie, ein Bedeutungswandel vollziehen - die militärische Aktion wird zum Begriff des Revolutionären schlechthin, daneben gibt es auch noch politische Initiativen. Die Gründe für diese "Entpolitisierung" der militärischen Aktion liegen letzten Endes darin, daß das Politikbild, in dessen Rahmen wir uns in der ersten Hälfte der 70er Jahre bewegen (weltweiter Aufstand gegen das US-imperialistische System), in der zweiten Hälfte der 70er Jahre verschwimmt, ohne daß neue Grundlagen sich in ausreichender Deutlichkeit entwickeln. Die Vehemenz, mit der die Gefangenengruppe zwischen 88 und 92 "die große politische Auseinandersetzung" (Eva Haule) fordern wird, ist Spiegel dieses schon fast als schmerzhaft empfundenen Mangels an Klarheit - die Einteilung der Welt in gut und böse, wie wir sie 1993 dann erleben, Ausdruck des Aufgebens dieser in der Tat schwierigen Suche. - 1977 kritisierten wir die Entführung der Urlaubermaschine weitgehend moralisch. Ohne eine tatsächliche Vorstellung zu haben von den sich hinter unserem Rücken vollziehenden tiefgreifenden Veränderungen auf allen Ebenen, war da indes doch eine Befangenheit aufgekommen gegenüber dem bisherigen Politikbild. Eine Stagnation war eingetreten. Die Hoffnungen, die wir an den "Sieg des Vietcong" als dem Anfang vom Ende des US-imperialistischen Systems geknüpft hatten, waren zumindest diffus geworden. Kompromißlos solidarisch mit den RAF-Gefangenen, wie diese Aktion war, konnte der in dieser Urlauberentführung zum Ausdruck kommende Bruch mit der Metropolengesellschaft schlechthin - also mit jenem Volk, das für Andreas Baader (und alle anderen) bei der politischen Konzeption des Militärischen nicht aus dem Blickfeld geraten darf - den Versuch, die bisherige Politik, wie auch immer, zu ändern, von vornherein aussichtslos machen.

Tatsächlich könnten wir diese eine Aktion als einen Punkt sehen, in dem sich wesentliche Entwicklungen kreuzen. Sie ist eingebettet in das Politikbild der 60er und 70er Jahre. Der weltweite Aufstand gegen US-Imperialismus, Kolonialismus und vermeintlich delegitimierten Spätkapitalismus - in Lateinamerika etwa gab es in so gut wie jedem Land mindestens eine Guerilla - eine über viele Jahrzehnte hinweg sich aufbauende Woge, war immerhin von solcher Wucht, daß dieser Irrtum, das imperialistische System jetzt, in gemeinsamer Front, kippen zu können, unbedingt begangen werden mußte. Die Aktion kommt aber zu einem Zeitpunkt, da diese historische Welle bereits am Auslaufen ist. So stellt sich die Frage nach deren politischen Folgen nochmal ganz besonders. - Ein zweites Moment ist 77 der grundsätzliche Einbruch der von 68 herkommenden "Neuen Linken". In ihrem politischen Selbstverständnis noch sehr stark auf den Staat und seine Institutionen fixiert, erlebt sie einen Zusammenbruch ihrer Widerstandskraft in dem Augenblick, wo der Staat zum Angriff übergeht und die Rückzugsmöglichkeit auf das Terrain einer eigenen revolutionär-subjektiven Kultur nicht mehr vorhanden ist. Ende der 80er schließlich sollten andere kommen. Nie wäre es ihnen eingefallen, einen "Marsch durch die Institutionen" zu propagieren. Während die 68er-Generation noch "maschinenstürmerisch" gegen den vermeintlich seinem Ende zugehenden Spätkapitalismus und seine Kultur der Eindimensionalität und Zerstörung anrennt in der Hoffnung, Entfremdung, Kaputttheit und Destruktivität aus dieser Welt hinaustreiben zu können, werden, etwa mit dem Häuserkampf in Berlin, andere kommen, die im schnell wuchernden Dschungel sozialer und kultureller Rebarbarisierung lernen, lernen müssen, sich durchzukämpfen. - Dieser Mentalitätswandel wiederum spiegelt eine entscheidende Veränderung im politisch-ökonomischen Bereich. Die Epoche des Keynesianismus geht zu Ende und damit die Möglichkeit, sich auf den Staat als einen politischen Aktivisten, nicht zuletzt über das Ökonomische zu beziehen; die Ära des Neoliberalismus, Reich des Chaos,

beginnt und mit ihr jene Militanz, die von ihrem selbstverständlichen Recht auf Existenz diesseits weltmarktdiktierter Rentabilitätsnormen fürs Leben ausgeht.

Auf sie wird sich das Front-Konzept der 80er Jahre beziehen, ohne sich allerdings von den politischen Denkgewohnheiten der 70er Jahre emanzipiert zu haben. In diesem Kampf der Militanten um Existenz ist eine Verwandtschaft zu spüren. Wer anders hat diesen Kampf geführt und erlitten, wenn nicht die Gefangenen aus der RAF in den Vernichtungsabteilungen der Gefängnisse?! Und dennoch wird die Frage der Verbreiterung und Vertiefung, die sich nach dem Verlust der - tatsächlichen oder vermeintlichen - Bündnispartner in Gestalt der Trikont-Befreiungsbewegungen neu stellt, nicht im Hineinkommen in diese radikale Subjektivität und ihre objektiven Hintergründe beantwortet, die doch weit mehr authentisch Metropole ist als 68 - nein, es wird versucht, die Militanten dort, bei ihren zweitrangigen politischen Geschichten in der Gesellschaft abzuholen, um sie "zur Front", zum Eigentlichen, zum Militärischen zu bringen. Darauf läuft es de facto hinaus, auch wenn das im Front-Papier weit weniger eng angelegt ist. Wieviele sind seither bei der militärischen Aktion angekommen? Und wieviele wurden nur abgeholt, ohne je anzukommen? Auf Teufel komm raus werden politische Vorstellungen strapaziert, die mit dem Wechsel im globalen politisch-ökonomischen Dispositiv obsolet geworden sind. Jene weltweite, in Jahrzehnten der Kämpfe herangewachsene Aufstandsbewegung der 60er und 70er wird als "weltweite Front gegen das imperialistische Gesamtsystem", als "westeuropäische Front" voluntaristisch imitiert. Ist das zweite der Versuch, die Frage der Verbreiterung und Vertiefung konkret zu organisieren, was aber nie über ein paar wenige Genossinnen und Genossen in Frankreich (Action Directe), evtl. Belgien (CCC) und Spanien (GRAPO) hinauskommt, so ist das erste die abstrakte Lösung in Gestalt eines Traumpartners Trikontmassen. In dieser Form wird der - heute mehr denn je notwendige - Internationalismus zur maximal möglichen Entfernung von den Notwendigkeiten und Möglichkeiten im eigenen Land. Und in dieser Verdinglichung und Widersprüchlichkeit zwischen Altem, von dem man sich nicht trennen will und Neuem, dessen immanente Möglichkeiten zu bewältigen in der Tat eine ungeheure Schwierigkeit ist, wird die Suche nach Möglichkeiten, die 77 eingetretene politische Isolation zu überwinden, konterkariert: Diese "Front" hat mit breitem Bündnis, mit Offenheit und der Suche nach neuen Verbindungen, wie sie Ende der 80er Jahre für kurze Zeit trotzdem ausbrechen sollten und wie sie heute angesichts faschistischer Gefahr unbedingt notwendig wären, herzlich wenig zu tun. Im Gegenteil - die Antimpis kommen.

Das Front-Konzept beschränkte sich ganz bewußt auf die militanten, radikalen Teile der Linken, auf marginalisierte Bereiche der Gesellschaft. Was nicht unbedingt ein Fehler hätte sein müssen. Selbstverständlich spielen und haben Minderheiten in allen Revolten und revolutionären Prozessen eine wichtige Rolle gespielt. Aber die Frage war ja nicht, Gesellschaft oder Minderheit, die Frage war, Gesellschaft oder Getto. Will sagen: Selbstverständlich muß eine Minderheit nicht nur um eigene Identität und Konstituierung kämpfen, sie muß auch darum kämpfen, über den eigenen Bereich Wirkung in andere Sektoren, innergesellschaftlich wie international, zu entfalten und von dort Herausforderungen annehmen. Sonst schmort sie doch im eigenen Saft! Die Gettos wurden schon immer aufgerieben, sie sind der Ort des Untergangs. Als Minderheit(en) über den eigenen Bereich hinaus Fuß fassen, Orientierung sein, Hoffnungen wecken, ist schlicht und einfach eine Frage des Überlebens.

Das Ziel des Front-Papiers ist "zusammen kämpfen". Das klingt gut. Die Vorstellungen indes waren schon nach politisch und militärisch auseinandergefallen und so mündete diese wichtige Initiative zur Überwindung des nur bewaffneten Kampfs in einer noch verbohrteten Geringschätzung des politischen, sprich: unbewaffneten Handelns.

Auf die Front-Zeit zurückblickend schrieb ein Gefangener 1989:

"Ausgegangen waren Lutz und ich davon, daß es in den Aufbrüchen seit den 80ern einen zentralen Unterschied gibt zu denen der Mitte der 60er, wo ein regelrecht ‚kulturrevolutionärer‘ Motor drin war, diese Bewegung hatte eine sehr starke gesellschaftsverändernde politisch-kulturelle Dynamik. Lutz meinte, das fehlt in den ganzen Jahren total und macht wesentlich die Schwäche aus ..."

Man muß es so sehen - worum es in den ganzen Jahren bis 86 ging, war der Versuch und die Anstrengung, die ganze Situation überhaupt mal dahin zu wenden, daß neue Entwicklungen in Gang gesetzt werden können.

„Eine grundsätzlich neue Situation schaffen“, haben wir gesagt, indem die Anstrengung gemacht wird, hier 'ne Kraft zu entwickeln, die die Walze anhält, eine Umkehrung der reaktionären Entwicklung in Gang bringt - durch das Festsetzen realer Momente von Gegenmacht, Gegengewalt für den revolutionären Prozeß ...

das ist richtig, 'ne Kritik auch an uns, finde ich, was in der ganzen Phase gefehlt hat: Die Genossen von AD haben als zentrale Sache immer die Dialektik von Aufbau und Zerstörung gesagt - Aufbau heißt für uns als erstes die Beziehungen als Lebens- und Kampfstrukturen und sie als ‚Keim‘ der neu zu schaffenden gesellschaftlichen politischen und kulturellen Realität. Eine subjektive politische Kraft, die in der Lage ist, die reaktionäre Entwicklung hier umzudrehen. Und klar, das ist nur möglich, wenn dieser Emanzipationsprozeß, auf den wir aus sind, Wirklichkeit ist.

In dem Sinn wurde da nichts ‚aufgebaut‘. Und jetzt ist total klar, es wird entweder eine Bewegung aus beidem oder es wird hier gar nichts. Das ist zwar grundsätzlich schon immer klar gewesen, aber jetzt ist es raus. Und es waren Erfahrungen, die durchgemacht werden mußten von allen."

Das Front-Konzept konnte nur laufen lernen, wenn die einzelnen (Individuen, Gruppen, Sektoren) möglichst eigeninitiativ sich entwickelten. Quer dazu lag die verdinglichte, funktionalistische Vorstellung von "zusammen kämpfen", wie sie aus dem Front-Papier sprach. Denn ein Zusammenfließen relativ autonomer Initiativen in dieser oder jener Kampagne oder Offensive konnte sich nicht allein über einen gemeinsamen Feind oder gar über die gemeinsame Bekämpfung seiner "Projekte" und Aktionen entwickeln. Einer der ideologischen Parameter der Frontzeit hieß: Strategie gegen ihre Strategie. Es brauchte eine gemeinsame politische Kultur, eine spürbare andere Welt, um das herrschende Realitätsmonopol in seiner alles und jedes erfassenden Bedrohlichkeit aufzubrechen und so nicht zuletzt subjektive Spielräume und Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, um mit anderen zusammen zu kommen. Zwar ist Solidarität eine subjektive Kategorie, aber auch eine objektive. Die Zeiten der homogenen Arbeiterklasse und ihrer Kultur sind vorbei und so werden wir an die Stelle des zusammenführenden Effekts des Industrialismus eine Kultur setzen müssen, die das "zusammen kämpfen" trotz ökonomisch und anderweitig bewirkter Zersplitterung unmittelbarer Interessenlagen möglich macht. Das mit der Spaltung gegebene Signal von Abschottung und "neuer Klarheit" scheint in die entgegengesetzte Richtung zu gehen. Wenn es heute viele gibt, die sich in die je eigene kleine Gruppe zurückziehen, dann nicht zuletzt, weil außerhalb dieser Gruppe der Kältetod droht.

Das ideale Ziel der illegalen Aktion (vermeintlich) vor Augen, war für manche der erste Schritt dahin konspirativ-defensives statt politisch-offenes und so offensives Verhalten. Ein Beispiel nur. Die Politik des Staatsschutzbankers unter der Rebmanschen Richtlinie "soldatische Härte" bestand Mitte der 80er u.a. darin, Leute, die öffentlich gegen Isolationsfolter und für Zusammenlegung eintraten, die das "Kommunikationsverbot mit den RAF-Gefangenen" (Rebmann) durch Briefeschreiben in Frage stellten, zu bedrohen oder gar wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung für Jahre in den Knast zu schicken. Zwar gab es darauf eine politische Reaktion - im Rahmen einer bundesweit anlaufenden Gruß- und Infopaketaktion erlebten die Gefangenen Solidarität aus den verschiedensten linken und alternativen Bereichen -, aber nicht selten wurde diese Möglichkeit politischen Zusammenkommens und Ausweitens von Aktiven durch sektiererisch-konspirative Tuerei konterkariert. Eine Genossin aus dem Bereich der ehemaligen Hamburger JobberInnen-Initiativen schrieb mir vor kurzem:

*"Ach, absurde Geschichten sind da gelaufen: eine Zeitlang hatten wir den Laden für, ich glaub das ‚Info-Paketetreffen‘, zur Verfügung gestellt und dabei mitgekriegt, daß Leute, die in den Laden geguckt haben oder gar reingekommen sind, sehr unfreundlich behandelt wurden. Wir mußten dann erstmal ne Runde erzählen, daß wir ne offene Arbeit machen, daß wir **wollen**, daß sich Leute für uns interessieren und in den Laden gucken, und daß es sich dabei i.d.R. keineswegs um Bullen handelt ... Realsatire."*

Ich denke, wo der Begriff "revolutionär" oder auch nur "politisch" nicht nur abstrakt bleibende Bekundung radikaler Moral sein sollte, gibt es einige elementare Kriterien, an denen ein solcher Anspruch überprüft werden muß. Zum Beispiel die Frage der politischen Ausweitung. Aus der Geschichte unseres Gesamtzusammenhangs habe ich aber den Eindruck, daß Handlungsmöglichkeiten uns oft nicht deshalb fehlen, weil der Staat sie uns aus den Händen schlägt, sondern weil wir die Hände nie danach ausgestreckt haben.

Front-Hungerstreik 1984/85

Den letzten Ausschlag für das politische Auflaufen des Projekts "zusammen kämpfen" gab die Situation resp. die Politik der Gefangenen nach dem HS 84/85. Wenn heute in anklagender Weise davon die Rede ist, der Kampf draußen solle sich doch unabhängig von der Lage der Gefangenen entwickeln, ist das eine richtige, aber späte Einsicht. Die Praxis aus 20 Jahren sieht nun wirklich anders aus!

So auch 84/85.

Vor dem Hungerstreik hatte es, im besten Sinn des Frontpapiers, zwischen drinnen und draußen eine Diskussion mit dem Ziel gegeben, das alte Verhältnis unselbständiger - und so materiell ineffizienter - Solidarität mit den Gefangenen aufzulösen zugunsten eigeninitiativen Handelns und Denkens. Und so erreichte die Front in dieser Zeit ihren Höhepunkt und zugleich ihre Grenzen. Während die Gefangenen drinnen kämpften, gab es draußen eine Vielfalt von Initiativen und Aktionen. Noch nie hatte es aus und in unserem Zusammenhang eine solche konzentrierte Dichte befreiend wirkender, phantasievoller, radikaler Initiativen gegeben. Leute, Gruppen, die - wie an ihren Erklärungen und Texten abzulesen - aus den verschiedensten Bereichen kamen, insbesondere aus den militanten Bewegungen, hatten eigeninitiativ dazu beigetragen, daß zum ersten Mal eine Vorstellung mit Händen zu greifen war, wie diese Front sich in der Praxis entwickeln könnte. Indes wurde diese HS-Kampagne von Gefangenen am Ende als Niederlage definiert, nachdem es nicht gelungen war, die Zusammenlegung durchzusetzen. Wäre diese Kampagne nicht gebunden gewesen an die existentiell bedrohliche Situation von Gefangenen, sie wäre anders eingestuft worden. Aufgenommen worden wäre sie als eine Entwicklung, die zwar ihr unmittelbares Ziel nicht erreicht hatte, die jedoch als richtungsweisend unbedingt hätte festgehalten werden müssen. Aber aus der pessimistischen Sicht von Niederlage und Einkreisung ist es schwer möglich, in Fortsetzung der Zusammenarbeit drinnen/draußen ein Bewußtsein über eigene Möglichkeiten der Stärke, über diese Perspektive "zusammen kämpfen" zu verdichten; ein kollektives und konsolidiertes Selbstbewußtsein zu verschaffen über politische Kraft, wie sie sich entfalten kann, wo - wie gerade gehabt - vor dem Hintergrund eines mehr oder weniger gemeinsamen politisch-kulturellen Selbstverständnisses zahlreiche autonome Vorstöße auf ein gemeinsames Ziel hin unternommen werden, ohne daß dies aus dem Innern einer strammen Organisation oder autoritär fabrizierten Einheit kommt. Mein Vorschlag 1985, nach Streikende, war, einen solchen Selbstbewußtwerdungsprozeß zu unterstützen, nicht zuletzt auch, um vom Bewußtseinshorizont der vermutlich eher vereinzelt Aktion zu einem Bewußtsein gemeinsamer Effizienz und Kultur zu kommen. Wie anders konnte Aktionismus überwunden werden?! Länger denn je bestanden draußen nach diesem Streik die Gruppen, intensiv wurde über Organisation und Kampfmöglichkeiten diskutiert - wenn aber von einer Gefangenen in einer doch dramatischen Erklärung den Leuten draußen gesagt wurde, wir sollten alle umgebracht werden, sprich: schnelles Handeln ist unbedingt notwendig, hat das sicher nicht dazu beigetragen, vom aktionistischen Denken wegzukommen.

Ich hatte damals in meinem "Pimental-Brief" vom 27.10.85 geschrieben:

"... daß man Entfremdung nicht bekämpfen kann, man kann ihr nur das eigene, nicht-entfremdete Projekt entgegenstellen und gegen den Imperialismus durchsetzen. Das wären die politics, die, wie Mao sagt, das Kommando übernehmen müssen. Die Offensive von Macht, Gesellschaftlichkeit und Moral von unten. Das militaristische und politisch defensive Bewußtsein der letzten Monate und Jahre, das jetzt beginnt, sich in Aktionen umzusetzen, liegt quer dazu ..."

Natürlich ist die Situation in den Metropolen eine ziemlich andere, geht es nicht darum, daß wir das Proletariat organisieren oder so etwas. Aber es geht darum, einen Weg in die Gesellschaft zu öffnen - und die Aktion (gemeint ist die Erschießung des US-Soldaten Pimental) ist ein dicker Brocken auf diesem Weg. Und es geht darum, uns selbst ernst zu nehmen. Wir haben im Winter (gemeint ist der HS) eine erste Erfahrungsgrundlage und solide Ahnung von dem erkämpft: Macht, Struktur und Moral von unten. Darin steckt Orientierungs- und Beispielkraft, selbst bis in die reformistische Linke hinein. Wo ist das Bewußtsein von dieser Erfahrung, ihr ‚Geist‘? ... Im Winter zeigte sich der Ansatz zu einer räteähnlichen Struktur, wie ich's mal genannt habe - Zusammenkommen aus den verschiedensten Bereichen und Bewußtseinen. Es war die praktische Umsetzung zu der grundsätzlichen und wichtigen Idee vom Mai 82. Von da aus müssen wir den nächsten Schritt tun. Weltweit - das führt weltweit davon weg. Im Winter zeigte sich die Möglichkeit dorthin: wir können das Subjekt sein."

Nein, räteähnliche Struktur war wohl eine agitatorische Übertreibung. Aber was 84 und 85 in Bewegung gekommen war, zu bestätigen, statt es wieder davontreiben zu lassen, wäre schon Sache gewesen. Nach dem Hungerstreik gab es eine kontroverse mit dem PCE/R. Die spanischen Genossinnen und Genossen hatten unseren Streik solidarisch begleitet und analysiert, und so kamen sie - genaue Beobachter der Mobilisierung, wenn auch durch eine marxistisch-leninistische Brille - zu der Forderung an uns, wir sollten eine Arbeiterpartei gründen. So ungenau dieser Vorschlag, steckte doch ein richtiger Kern darin: Hier, nach dieser Mobilisierung, mußte etwas transformiert werden aus dem Bereich des eher spontan-zufälligen in den Bereich des kontinuierlichen, strukturierten, verknüpften und so identifizierbaren. Neben Heidi Schulz, die sich mit Vorschlag und Kritik des PCE/R auseinandersetzte, hatte ich mich dazu mit dem wechselnden Verhältnis von Partei und Klasse bei Marx und Lenin befaßt und machte daraus den Vorschlag, hier, in einigen Städten zu Gruppen, Zentren zu kommen, die nach einer Phase eines wechselseitigen Lernprozesses zumindest einen Teil jener Orientierung und Verantwortung übernehmen, die ansonsten einseitig bei RAF und Gefangenen lag und zu einer grundsätzlichen Schieflage führte. Um jenen "Aneignungsprozeß" ging's mir also, von dem Eva Haule schrieb (taz 14.4.89), notwendig, "um selbständig revolutionäre Politik entwickeln zu können." Der Vorschlag wurde nicht zur Kenntnis genommen.

Wenn dieser Konstituierungsprozeß nicht gelaufen ist, hat das - von den Gefangenen aus - vor allem zwei Gründe: ideologische. Zur Gegenmacht kommen hieß "zur Front kommen" und dies wiederum zur bewaffneten Aktion kommen. Da war nichts von einem "Keim" neuer Gesellschaftlichkeit, in der das Realitätsmonopol des Kapitalismus sinnlich gewiß durchbrochen ist im kollektiven Selbstbewußtsein der gerade erzeugten Bewegung. Ein Bewußtsein jedoch, das sich an den Gegner veräußert, das die Bedeutung des eigenen Tuns ausschließlich an der Reaktion der Gegenseite glaubt ablesen zu müssen, ist nicht frei. Und somit auch nicht in der Lage, über das Vorgefundene hinauszugreifen, über das Bestehende hinauszubauen, mit einem Wort: revolutionär zu sein. "Strategie gegen ihre Strategie" - das konnte nie und nimmer strategiefähig werden. Zweitens: Die Gefangenen und ihr existentielles Interesse treiben den Prozeß zwar immer wieder voran, lenken ihn darin aber gleichzeitig von einer eigenständigen Entwicklung ab. Sie ziehen sich damit den Boden unter den Füßen weg. So wurde die Mobilisierung des HS 84/85 unterschätzt, weil sie die ZL nicht gebracht hat; die Mobilisierung zum Streik 89 hingegen, obschon auf deutlich humanitär-bürgerrechtlichen

Grundlage, aber in die Gesellschaft hineinreichend und so zum ersten mal Risse im Staatsschutzblock der Macht bewirkend, wird überschätzt. Die Rede ist von einer "neu entstehenden revolutionären Bewegung" (Eva Haule und andere).

Es kam eine andere Diskussion. Nicht die emanzipative, sondern die autoritäre. Die RAF hatte 1985 einen GI der US-Armee erschossen, um an seinen Ausweis zu kommen. Es kam zu einem heftigen Streit darüber. Einige von uns hatten zu Zeiten des Vietnamkriegs hier stationierten GIs bei der Desertion nach Schweden geholfen. Die Ursache für die Schärfe dieser Auseinandersetzung lag aber auch in den bis dahin offen nicht angesprochenen Problemen, die einige Gefangene mit jenen harten Aktionen der RAF während des Hungerstreiks 84/85 hatten. Wäre etwa - gleich in den ersten Hungerstreiktagen - die Autobombe auf dem US-Stützpunkt in Oberammergau hochgegangen und hätte es dabei womöglich eine Reihe von Toten gegeben, die Gefangenen hätten ihren Streik gleich in der ersten Woche wieder abbrechen können. Von denen, die die Erschießung des Soldaten verteidigten (und damit eine bestimmte Vorstellung, wie revolutionäre Politik sich weiterentwickeln sollte), um sie hernach, nachdem die Autorität RAF sich kritisch damit auseinandergesetzt hatte, ebenfalls zu kritisieren, wurde diese Debatte in einer Art und Weise geführt, die vermutlich jenes zusammen-kämpfen, wie es Monate zuvor zum ersten mal sichtbar geworden ist, strategisch beschädigte. Man/frau schlug sich gegenseitig Wunden, die späteres Zusammenarbeiten völlig blockierten.

Vor allem verlangten die Verteidiger der Pimental-Aktion ein Verständnis von Einheit, das jeden kritischen und damit lernbereiten Blick aufs eigene Tun und Denken moralisch verdächtigte und auf diese Weise jenem Geist des Zusammen-Kämpfens - von einer gemeinsamen revolutionär-militant-kulturellen Grundlage ausgehend, ansonsten aber autonom denkend und handelnd - entgegengesetzt war. Dort war es ein Zusammenwirken, das sich aus den verschiedensten Quellen speiste, und insofern eine Vorahnung dessen, was heute für revolutionär-emanzipative Prozesse überhaupt zur Herausforderung wird - hier ein Versuch, diese Entwicklung ins Korsett verdinglichter Front-Vorstellungen zu zwingen.

"Aber es gab keine politische Diskussion, keine Auseinandersetzung um die wesentlichen Fragen, und so konnten die bereits im Ansatz präformierten Grenzen und Fehler auch nicht erkannt und überwunden werden. Statt dessen führte das zu immer stärkerer Verdinglichung des politischen Bewußtseins: Revolutionäre Politik war nur noch als bewaffneter Angriff denkbar, die militärische Aktion wurde zum nicht mehr hinterfragbaren Fetisch, Illegalität wurde zu einem Mythos, zur Verkörperung des ‚Bruchs‘, zur Voraussetzung von Kollektivität schlechthin." (Michael Dietiker, Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter: Über das Schleifen von Messerrücken, konkret 11/92)

Ähnlich wie die RAF in ihren ersten Jahren gegenüber der 68er-Revolte bzw. ihren Ausläufern standen wir Mitte der 80er spätestens vor der Situation, ein Verhältnis zu einer Revolte, zu einer Bewegung massenhafter Militanz zu gewinnen. Eine Wiederholung jener Avantgarde, wie sie seit 77 als zumindest ungeklärte Frage im Raum stand, hätte dies nicht sein dürfen. Die Mobilisierung des Jahres 84/85 wäre der Ort gewesen, um das, was RAF und Gefangene tatsächlich antizipiert hatten, nämlich eine bestimmte Art zu kämpfen, Guerillamentalität, mit den Erfahrungen und Vorstellungen anderer, etwa Autonomen, zu etwas Gemeinsamem oder Wechselseitigem weiterzuentwickeln. Denn ohne das bleiben die selbstverständlich notwendigen Klassen- und sonstigen Analysen, Strategiedebatten, Internationalismus Totgeburten, "unbewaffnete Propheten" (Gramsci), ideologische Glasperlenspiele. Avantgarde im Kontext RAF sollte aber zur ewig tragischen Schönheit werden. Ja, wir waren wirklich Avantgarde. Gab es dieses Vorangehen im orientierenden, beispielgebenden, politische Bewegung erzeugenden Sinn, nicht zuletzt im Kampf der Gefangenen, so wurde irgendwann der Versuch aufgegeben, *darin* mit anderen zusammenzukommen, um an diese Stelle anderes zu schieben: Kampf gegen die Nato, westeuropäische Front, Gesamtsystem, etc., in dem das, was RAF ist, nicht mehr wiederzuerkennen war, aus sich heraus bei anderen nichts mehr auslöste, und ihnen deshalb oft mit autoritären Methoden aufs Auge gedrückt werden mußte. Darin kommen die, die diesen Weg seit langen Jahren, immun gegen jedes Argument oder Beispiel, unbeirrbar gehen, dann am Ende doch mit Linken draußen zusammen. Mit jenen und jenen Momenten, *gegen die*

RAF 1970 einen anderen Versuch unternommen hatte. Der Klärungsprozeß, nach dem 1989 gerade von diesen Gefangenen laut gerufen wurde, hätte spätestens zu jenem Zeitpunkt geführt werden müssen. 89 war das, was zwischen 84 und 86 damit noch hätte bewirkt werden können, nicht mehr zu erreichen. So fruchtbar eine solche Debatte damals hätte sein können, so unwirklich und unwirksam der Versuch eines antiimperialistischen Kongresses 1986 in Frankfurt, in dessen Verlauf eine grundsätzlich richtige, nicht zuletzt internationalistische Absicht, auf den dogmatischen Hund gebracht wurde.

Wenn die Mobilisierung zum HS 89 vorwiegend bürgerrechtlich-humanitären Charakter haben sollte, wie Christian Klar das in der taz vom 13.6.89 kritisch anspricht, dann erstens als Abgrenzung/Distanz zu einer politischen Gewalt, die selbst in Teilen der radikalen Linken auf heftigen Widerspruch gestoßen war und zweitens, weil die Chance eines emanzipatorisch-aufbauenden Prozesses, in unseren Zusammenhängen schon immer unterbelichtet, spätestens in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ungenutzt geblieben war und so das politische Gewicht fehlte, das der HS-Mobilisierung 89 einen deutlicheren Charakter hätte geben können.

Zwei Befriedigungsinitiativen. Die erste läuft - sicher nicht zufällig - nach dieser mißglückten Möglichkeit, 87/88, ist mit dem Namen der grünen Politikerin Antje Vollmer verbunden, Amnestie und Dialog werden propagiert. Die zweite, Kinkel-Initiative, kommt 1992 in einer vergleichbaren Situation.

Hungerstreik 1989 - Die Diskussion

Wenn der Hungerstreik 89 anders war, Ausgangspunkt für die Entwicklung der Jahre danach, hatte das mehrere Gründe. Da ist viel hineininterpretiert worden. Etwa das Kalkül der Gefangenengruppe, sich einem liberalen Spektrum anzudienen. Hat es nicht gegeben! Es war aber erstens klar, daß ein Hungerstreik, in dessen Verlauf es "gezielt tödliche Aktionen" gegeben hätte, zur Zusammenlegung nicht geführt hätte. Und zweitens, daß nach allem, wie die Verhältnisse in der antiimperialistischen Szene waren, die von dort zu erwartende Mobilisierung nicht hinreichen würde, die Zusammenlegung durchzusetzen. So hatten wir etwa die Enttäuschung erlebt, daß die, die sich auf uns bezogen, im Lauf der Berliner Anti-WWG-Kampagne 1988, wichtiges Ereignis internationaler Solidarität mit den Völkern des Trikonts, kaum präsent waren. Obschon es zu dieser Kampagne eine breite, militante und phantasievolle Mobilisierung bis rein in die Berliner Bevölkerung gegeben hatte, die tagelang Straßen, Plätze und Medien beherrschte, war von jenen, die doch jahrelang von weltweiter resp. europäischer Front gegen den Imperialismus gesprochen hatten, nichts zu spüren.

Neben solchen und anderen enttäuschenden Erfahrungen zeigten sich damals aber auch neue positive Ansätze. In drei am 8.8.88 in der taz veröffentlichten Erklärungen machte die Gruppe der Gefangenen aus der RAF deutlich, die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Gruppen zu wollen, vorausgesetzt, sich dabei, von den äußeren Bedingungen her, als Gruppe verhalten zu können. Im Oktober 88 brachte ein Aufruf für Zusammenlegung, veröffentlicht vom Hamburger Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße, solidarische Unterstützung bis rein in Betriebe und Gewerkschaften, wobei mehr als einmal die Mut- und Initiativlosigkeit der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre angegriffen wurde. Möglicherweise Reaktionen jenes auch in gewerkschaftlichen Kreisen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ebenfalls durchschlagenden Bewußtseins, gegen das "Wolfsgesetz der neoliberalen und neokonservativen Gesellschaftsoptionen" einen "offenen Dialog und neue Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen und Gruppen" (ein IG-Metaller) zu suchen, ein Bewußtsein, dem die IG Metall mit ihrem

"Zukunftskongreß" November 88 Rechnung tragen mußte. Nein, "zur Front" wären diese nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch beunruhigten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nicht gekommen! Die umfassendste Veranstaltungsreihe, initiiert und durchgeführt vor allem von der Angehörigengruppe, aber auch bereits zuvor vom holländischen Rechtsanwalt Pieter Bakker-Schut gelegentlich des Erscheinens seines "Stammheim"-Buchs, zeigte ein starkes Interesse an den Gefangenen und einer grundlegenden Änderung ihrer Situation. Auch in kleineren Orten, deren Lage wir erst auf dem Atlas suchen mußten, war ein zu deutliches Interesse vorhanden, als daß wir nicht politisch drüber hätten nachdenken müssen. Dies sind kurz gesagt die Gründe, weshalb die von Helmut Pohl 1989 veröffentlichte HS-Erklärung offener angelegt war als andere.

Der Hungerstreik war dann auch in mehrerer Hinsicht ein Einschnitt. Eine breite Solidarisierung, von den radikalen Linken über sich bis dahin abgrenzende linke Gruppen bis hin zu gewerkschaftlichen und kirchlichen Kreisen bewirkte zum ersten Mal ein Aufbrechen des Staatsschutzblocks, ohne indes an der harten Haltung der Entscheidungsträger etwas ändern zu können. Als Resümee schreibt Christian Klar am 13.6.89 in der taz:

"Das bis dahin Er kämpfte ist nicht gar so wenig. Halten wir das fest. Weil darin überhaupt Momente der neuen Aufbrüche liegen. Es startete eine tiefe Wirkung der Mobilisierung in die Gesellschaft rein. Die Gleichschaltung der vergangenen Jahre ist aufgebrochen. Wirkliche Beziehungen zu ausländischen gefangenen Genoss-inn-en und zu kämpfenden sozialen Gefangenen wachsen ... gegen die selektierende und vernichtende Knastmaschine, Beziehungen, in denen jeder in ersten Schritten von sich ausgeht hin zu gemeinsamer Perspektive befreiender Ziele. Und schließlich ist eine Mobilisierung angeschoben, die erstmals, und das ist mehr als bloße Vermutung, jetzt auch ohne sofortige neue Hungerstreiks die Schritte zum Ziel hin weitertreibt."

"Neue Aufbrüche"? "Ohne weitere Hungerstreiks zum Ziel hin"? Etwas war geschehen!

Zum ersten Mal hatte der fast 20 Jahre bestehende monolithische Block der politischen Klasse, des Staatsschutzblockers und der Medien Widersprüche gezeigt: "Die Gleichschaltung der vergangenen Jahre ist aufgebrochen." Zum Ende des Streiks hatte es eine Reihe von Gesprächen gegeben: Brigitte Mohnhaupt und Helmut Pohl mit Kinkel; Helmut Pohl mit Kruse (dem damaligen Vorsitzenden der evangelischen Bischofskonferenz), mit Enzensberger, ein bei Däubler-Gmelin angefragtes Gespräch wurde von dieser abgelehnt; die Frauen in Nordrhein-Westfalen sprachen mit einem Justizstaatssekretär; die Frauen in Lübeck mit Klingner und Engholm; wir in Celle mit einem Abteilungsleiter aus dem (damals noch) CDU-Justizministerium.

In Gang gesetzt worden waren diese Widersprüche von einer bis dahin nicht gekannten Solidarisierung, an der sich linke, alternative, gewerkschaftliche, christliche, humanitäre Tendenzen beteiligten, die sich bis dahin bei den Hungerstreiks meist außen vor gehalten hatten. Ein Verhältnis, das sich bis dahin oft in Distanzierung, wo nicht Denunziation erschöpft hatte, war im Lauf des Hungerstreiks - nicht zuletzt aus den bereits genannten Gründen - umgeschlagen in die Suche nach Diskussion und Dialog. Und dies nicht nur immer in der Absicht, den bewaffneten Kampf Knall auf Fall abzuwürfen:

"Wir wollen diese Diskussion nicht nur um ihrer selbst willen, sondern weil die Erfahrungen der Leute, die in den bewaffnet kämpfenden Gruppen waren, für den jetzt angestoßenen Prozeß für uns genauso ein Stück Geschichte und Erfahrungen der westdeutschen Linken bedeuten wie die Erfahrungen der Linken, die in den Gewerkschaften aktiv sind, die in die Grünen gegangen sind, um dort radikale Politik zu machen, die kommunistische Organisationen gegründet haben, manchmal sogar darin geblieben sind oder die in den sozialen Bewegungen arbeiten." (Radikale Linke, "Brief an die politischen Gefangenen", Juli 1989)

Hier dürfte seinen Ursprung haben, wovon Helmut Pohl am 27.8.93 in der taz schreibt: von einer Neuzusammensetzung der Umwälzungspolitik, die heute über das linksradikale Spektrum hinausreichen könnte. Ja, in der Gruppe taucht die Einschätzung auf, es gäbe eine "neu entstehende revolutionäre Bewegung". Wo aber 1993, ausgedrückt etwa in Helmut Pohls Erklärung, das Gewicht auf unserer seit 20 Jahren richtigen Politik liegt, der gegenüber, angesichts der kapitalistischen Durchbrüche, Teile der Gesellschaft, in Erkenntnis der eigenen Lage, ihre Isolation aufgeben könnten oder sollten, sprechen die Texte der Jahre 1989 bis 1992 - unter dem Eindruck von Hoffnung - eine andere Sprache: Offenheit, kritischer Blick auf das Eigene, nicht zuletzt als Möglichkeit, Zugang zu anderen Tendenzen zu bekommen.

"Das stimmt wirklich in einem umfassenden Sinn, daß die ganze Phase der Kämpfe seit '80 vor zwei bis drei Jahren abgeschlossen war und etwas Neues angefangen hat ... Jetzt wird - und muß auch - alles auf einer neuen Grundlage weitergehen, und es wäre total viel verschenkt, wenn diese wichtigsten Erfahrungen, die in den letzten 20 Jahren im revolutionären Kampf hier gemacht wurden, nicht offen in die Diskussion gebracht würden. Na, einfach: Es ist viel zu lernen, und eine sich neu entwickelnde revolutionäre Bewegung braucht ein Bewußtsein davon, sonst hängt sie geschichtslos, bodenlos in der Luft. Außerdem hab' ich wieder gesehen, wie sehr wahr das ist: aus den Fehlern lernen, sich weiterbringen - so läuft's."

Unsere Geschichte. Also so will ich das jetzt auch: unsere Erfahrungen offen in die Auseinandersetzungen bringen und offen sein für alle ernstesten Fragen - egal, wie kritisch sie sind. Das ist auch ganz klar ein Stück für den Aneignungsprozeß, um selbständig revolutionäre Politik entwickeln zu können." (Eva Haule, taz, 14.4.89)

1989 gibt es aus der Gefangenenengruppe eine ganze Reihe engagierter Appelle für eine Diskussion zwischen drinnen und draußen, ja sogar "ausgehend von den - noch so schmalen - Möglichkeiten der kleinen Gruppe, und dazu Initiative auch der einzelnen." (Christian Klar, taz, 13.6.89) Nein, eine neue revolutionäre Bewegung war da gewiß nicht im Entstehen, aber wie nach dem HS 84/85 gab es angesichts der Solidaritätssignale aus den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft Gründe genug, politisch darüber nachzudenken und praktisch sich etwas einfallen zu lassen. Wenn Gefangene aus RAF und Widerstand in dieser nachdrücklichen Weise von offener und öffentlicher Diskussion reden, ist das erstens ein Politikum und zweitens werden Erwartungen geweckt. Bevor aber aus dem Knast auch nur ein nennenswerter Diskussionsanstoß kommt, lesen wir bereits wenige Monate später in einer Erklärung von Helmut Pohl:

"Ich habe mich mit ein paar Gefangenen verständigt, und wir glauben, die meisten denken so, daß es längst Zeit ist, unter der Geschichte nach dem Hungerstreik einen Schlußstrich zu ziehen. ... Heute hat sich nach unserem Eindruck draußen alles zum Thema „Diskussion“ hin verschoben, und die Zusammenlegung rutscht in den Hintergrund. Für uns aber steht die Zusammenlegung im Zentrum." (10.11.1989, Angehörigeninfo 27)

Um wenige Wochen vor der Kinkel-Initiative zu lesen:

"Das ist ganz einfach das konkrete Problem momentan, nicht nur für uns, wie man eine Diskussion in Gang bringt, oder vielleicht besser: eine politische Strukturierung an einer inhaltlichen Klärung der Auseinandersetzungen, die auf uns zugeflogen kommen, die man gar nicht raustüpfeln muß."

(Helmut Pohl, Brief, Oktober 91, in: ak drinnen & draußen, Celle, Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992, Juli 1992)

Es geht mir nicht darum, anderen, vielleicht gar Helmut Pohl, Inkonsequenz nachzuweisen. Sich einzureden, man selbst habe alles klar, halte ich in diesen Zeiten schon für den Beginn des Irrtums. Aber ich denke, das Hin- und Herpendeln zwischen Diskussion als Metapher für Klarheit, Perspektive, Verständigung und Verbindung mit anderen (weil natürlich jenes Bedürfnis nach gemeinsam entwickelter Kraft mit anderen Sektoren, Klassen, unterdrückten Völkern, wie es in den Gefangenentexten 89-92 zum Ausdruck kommt, das Urpolitische ist) - und Kampf, sich entscheiden, als Metapher für revolutionäre Subjektivität (die in der Tat von RAF und Gefangenen in einer Dimension verwirklicht worden ist wie sonst von kaum einer Gruppe der Linken seit 68) - das Erste als Ausdruck der Möglichkeit, das Zweite als Ausdruck des Willens - dieses Hin- und Herpendeln zwischen zwei Polen zu überwinden, scheinbar gegensätzlich, tatsächlich aber nur in wechselseitiger Durchdringung zu einer anderen Wirklichkeit führend, wäre ein wichtiger Schritt gewesen. Wo aber das Revolutionäre identisch ist mit einem "nicht hinterfragbaren Fetisch" militärische Aktion, bringt sich jene revolutionäre Subjektivität um ihre politischen Möglichkeiten und so, früher oder später, auch um. In der revolutionären Subjektivität der RAF steckten ursprünglich auch andere Möglichkeiten. Das nicht gesehen, nicht darum gekämpft zu haben, ist die Niederlage.

1990 legte Karl-Heinz Dellwo der Gefangenengruppe einen ausgearbeiteten Vorschlag für einen Kongreß vor. Nicht ein Kongreß linker Experten und Spezialisten, sondern ein Forum, vielleicht als Ausgangspunkt für eine permanente Struktur der Verknüpfung und Auseinandersetzung, ein Kongreß, auf dem verschiedene Gruppen der Linken, der Frauenbewegung, der Autonomen, der Alternativen usw. ein Resümee ihrer Erfahrungen ziehen. (Der Vorschlag wird in der Gruppe ignoriert.) Die Linke in Lateinamerika hat das schon lange erkannt, sie hat sich Strukturen des Austauschs und gemeinsamer Suche geschaffen.

Es waren nicht viele, die zu dieser "großen politischen Auseinandersetzung" beitrugen. Michael Dietiker, Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter; Eva Haule mit einer sogenannten Zusammenfassung der Diskussion in der Gefangenengruppe (die nie gelaufen ist); die Illegalen, wir hier in Celle. In der vom Celler ak drinnen & draußen Juli 92 herausgegebenen Sammlung von "Texten von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992" ist die offene Suche jener Zeit spürbar. Hält man diese Texte (bei denen im großen und ganzen jene fehlen, die dann im Herbst 93 die Spaltung organisieren sollten), neben Beiträge aus 93, ist auf den ersten Blick zu sehen, was da wo abgebrochen ist. Und wenn die beiden Erklärungen der RAF aus 92 mit der eigenen Geschichte kritisch umgehen, was ich nach all den Jahren der krampfhaften nicht-Diskussion als wirklich befreiend empfunden habe, wenn in diesen Erklärungen die Einstellung der Angriffe auf Repräsentanten usw. mitgeteilt wird, kann man nun wirklich nicht behaupten, dies sei das eine, was die abgespaltenen Gefangenen gewollt hätten, ginge in eine ganz andere Richtung.

Wenn die politische Auseinandersetzung mit draußen und der Umgang mit der veränderten Situation nicht in die Gänge kommt, hat das verschiedene Gründe. Nach 89 wurden einschneidende Veränderungen sichtbar, in Deutschland, Europa, weltweit. Stichwortartig: der Zusammenbruch des Realsozialismus und des globalen Ost-West-Kräfteverhältnisses, von dem auch die Prozesse im Süden tangiert waren; die deutsche Vereinigung samt anschließender Kolonisierung Ostdeutschlands; der Golfkrieg und das dabei sichtbar werdende Umschlagen der inneren Verfassung Deutschlands in eine neue Qualität, insbesondere das Abtreten der von 68 herkommenden undogmatischen "neuen Linken" als politischer Faktor im Land; das mehr und mehr ins Chaos taumelnde neoliberale Experiment; nicht zuletzt eine große Gefahr von Faschismus - kurz: Es gab in der Restlinken den Eindruck, gegen eine solche Entwicklung Kräfte sammeln zu sollen, und dies hinein bis in gewerkschaftliche und bürgerliche Kreise. Die Stimmung des Mobilisiertseins, wo nicht Aufbruchs nach dem HS 89 verwandelte sich indes schnell in ihr Gegenteil, Gefühle der Ohnmacht, der Niederlage, der Depression machten sich breit. Zu tief der Einbruch, zu überholt die Denkweise, aus der der neue Versuch gestartet werden sollte. Jene oben mit ihrem "Brief an die politischen Gefangenen" zitierte "Radikale Linke", die ihren Ausgangspunkt nicht zuletzt im HS 89 hatte, festgelegt indes auf die "Kraft der Negation", gibt ihren Geist bald wieder auf. Ein Teil wird sich, so die Mitteilung eines bekannten Hamburger Gründungsmitglieds, schnell in Richtung Bündnis 90/Grüne und PDS verziehen, ein anderer Teil sollte mit Diskussionsbeiträgen erst 1992 rüberkommen, als sich die Chance bot, die Kraft der Negation an RAF und Gefangenen auszuprobieren. "Und Heuchler waren die, die sich brüsteten, sie hätten immer schon so gedacht, wie sie jetzt dachten, und die von anderen eine Eindeutigkeit und Militanz verlangten, die sie selbst nie praktiziert hatten. Genau die hatte ich damals ankommen sehen, das Wort Revolution auf den Lippen." (Alejo Carpentier, *Le Sacre du Printemps*, Frankfurt, 1993)

Ein weiterer Grund: die Unmöglichkeit, zusammenzukommen und zusammen zu reden. Die Spaltung ist auch ein Produkt der Isolation. Aber diese Situation der Gefangenen erklärt nicht, weshalb ein Dutzend ehemaliger Gefangener draußen - die größte Zusammenlegung, die es je gab - nie in die Initiative gekommen ist.

Ein viertes Moment hängt auch zusammen mit einer Orientierung, wie sie Ende der 60er/Anfang der 70er kurz und knapp so benannt wurde: Die Aktion eint, Worte spalten. Ulrike Meinhof, 1974: "Man ist eine Gruppe von Genossen, die sich entschlossen hat, zu handeln, die Ebene der Lethargie, des Verbalradikalismus, der immer gegenstandsloser werdenden Strategiediskussionen zu verlassen." Richtig. Denn es war eine Situation, die international wie in Europa wie innergesellschaftlich in Kämpfen und Auseinandersetzungen eine Fülle von Erfahrungen, Wissen, "revolutionäre Bestimmungen" hervorgebracht hatte, was sich in einem lebendigen Prozeß ständig weiterentwickelte und sich zu einem Teil in den frühen RAF-Texten und im alten Info wiederfindet. Das Konzept Stadtguerilla entstand in dieser Situation - es war nicht vorstellbar ohne die Revolte von 68 und die Bewegung gegen den US-Völkermord in Vietnam, wie ja auch das Front-Konzept der 80er Jahre ohne die militanten Bewegungen der ausgehenden 70er/beginnenden 80er überhaupt nicht hätte erdacht werden können. Realitätsfern deshalb der heutige Vorwurf an die Illegalen, sie hätten kein Konzept, als ob revolutionäre Politik das aufgesetzte Produkt von ganz wenigen sein könnte - eine Vorstellung, die doch gerade am Front-Konzept gescheitert ist.

An dieser Stelle noch ein anderer Aspekt zu Diskussion überhaupt. Eine ganze Reihe von Leuten draußen hatte in den letzten beiden Jahren den Eindruck, vor allem die Celler verträten heute eine "Position", die von der, die sie die Jahre davor vertreten hatten, erheblich abweicht und sie verkünden dies im alten Avantgardestil nach draußen. Einige sind darüber sauer. Wo dies nicht nur Zuschauerhaltung ist, ist darin mit Sicherheit ein Moment von Emanzipation. Es hat, nach der Spaltung, eine Reihe von Texten und Haltungen gegeben, in denen deutlich wird: Wir wollen eine inhaltliche Diskussion, weil wir uns nur so als Subjekt in dieser Auseinandersetzung verhalten können.

Celle war nie "Front" im hinreichend bekannten Tenor. Ich glaube nicht, daß es auch nur einen Brief von mir gibt, der diese doktrinaire Front-Ideologie bedient. Es hat von uns von Anfang an Kritik, aber keinen Bruch gegeben, denn tatsächlich hatte das Front-Konzept einiges für sich - wäre die Grundidee von einem offenen, emanzipativen Geist getragen worden, hätte daraus etwas anderes werden können. Das war nicht der Fall, die eingangs zitierte Selbsterkenntnis eines der Front-Ideologie ganz besonders verpflichteten Gefangenen über das Fehlen eines Keims neuer Gesellschaft kam zu spät. Auch wurden Möglichkeiten der Verbreiterung und Vertiefung, die sich immer wieder boten, nicht ausgefüllt. Unsere Widersprüche und Vorschläge, die wir hatten, haben wir in der Regel nicht verheimlicht, unsere Kritik aber auch nicht in öffentlich-systematischer Form vorgelegt. Dies war wohl ein Fehler. Schlimmer als es jetzt ist, hätte es dadurch auch nicht werden können. Wenn also die beiden letzten Jahre bei einigen wie ein unvermittelter "Positionswechsel" ankommen, mag das für die bis dahin fehlende deutliche und systematische Darstellung zutreffen.

Insgesamt gibt es bei den abgespaltenen Gefangenen als auch bei uns hier den Eindruck wechselseitiger Mißachtung über eine längere Zeit. Auch draußen gibt es dieses Gefühl. Auch deshalb hätte ich es gut gefunden, wenn es, von der Spaltung als der inzwischen nötigen Distanz ausgehend,

dennoch zu einer Diskussion gekommen wäre. Ich betrachte es nicht für ein Epochendrama, wenn eine Gruppe (oder Teile daraus), die über 20 Jahre unter diesen Bedingungen zu leben und zu kämpfen gezwungen waren, in einer Weise reagiert, die inakzeptabel ist. Diese Frage entscheidet sich eher daran, wie nach einer gewissen Frist damit umgegangen wird. Ich finde Leute, die heute versuchen, sich an diesem Debakel zu mästen, sagen nur etwas über sich selbst. Was soll die Klassenanalyse, wenn ein Teil draußen noch nicht einmal in der Lage oder auch nur bereit ist, sich in die Situation hineinzudenken, die doch seit 20 Jahren so unübersehbar extrem ist? Wo sich welche aber noch nicht mal in die Situation von Gefangenen versetzen können, welchen Zugang - außer einem ideologisch gesteuerten - mochten sie zum Alltag jener Klasse gehabt haben, von der sie so gerne reden? Ich bin skeptisch gegenüber "Positionen", insbesondere, wo sich das im Ablegen von politischen Bekenntnissen (für Internationalismus, gegen Patriarchat) erschöpft. Ob das Projekt eines internationalen Kampftags für Gefangene richtig oder falsch ist, wird sich erst hinter den Forderungen und Überschriften entscheiden. Wenn welche mit jener radikalen und findigen Guerillamentalität diesen Kampf beginnen, könnte etwas darüber hinaus Impulsgebendes daraus werden. Wenn es im sektiererischen Stil beackert würde, sollten wir es lieber gleich vergessen.

Ich hatte einen Entwurf dieses Textes mit einigen FreundInnen draußen diskutiert. Einer sagte mir dabei: Wenn du vom Kampf um Würde schreibst, können wir draußen das so direkt nicht nachvollziehen. Ich reagierte spontan und heftig: Doch, hier mußt du deine Würde tagtäglich verteidigen, und vor allem im Trakt und in der Isolation war das ein Kampf, der jeden Tag sehr deutlich spürbar an deinen Kräften zehrte. Auseinandersetzungen, ob sie und wie sie mit Gefangenen und untereinander laufen, haben andere Bedingungen als draußen.

Der folgende Text von Lutz Tauber skizziert die verschiedenen Etappen der RAF und ihrer Politik aus seiner Sicht. Das mehrfach erwähnte Front-Papier (Mai-Papier) ist neben anderen Dokumenten nachzulesen in Oliver Tolmein: Stammheim vergessen. Konkret Literatur Verlag, 1992 oder in einer der Broschüren des GNN-Verlages in Köln, die dieser mit Texten der RAF herausgegeben hat. Um den doch sehr langen Text lesbarer zu machen, haben wir ihn von durchgängiger Kleinschreibung in Groß-Kleinschreibung umgeändert. Aus redaktionellen Gründen haben wir ihn auf zwei Ausgaben des ak aufgeteilt. Der erste Teil, der hier abgedruckt ist, endet 1992. Der zweite - etwas kürzere - Teil erscheint im nächsten ak.

© a.k.i. Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
Weiterveröffentlichung in gedruckter oder elektronischer Form bedarf der schriftlichen Zustimmung von a.k.i.
Auf Kommentare, Anregungen und Kritik freuen sich **AutorInnen und ak-Redaktion**

analyse+kritik

ak - Zeitung für linke Debatte und Praxis

www.akweb.de E-Mail: redaktion@akweb.de